

Nr. 348 | 10.06.2025

Polen-Analysen

- Die Beziehungen zwischen Polen und den USA
- Die polnischen Präsidentenwahlen

■ ANALYSE

Die polnisch-US-amerikanischen Beziehungen nach einem halben Jahr der Trump-Administration 2
Radosław Korzycki, Warschau

■ UMFragen

Umfragen zu den polnisch-amerikanischen Beziehungen und US-Präsident Donald Trump 7

■ KOMMENTAR

Karol Nawrocki wird der nächste polnische Präsident: Was sind die Konsequenzen? 10
Agnieszka Łada-Konefał und Bastian Sendhardt (Deutsches Polen-Institut, Darmstadt)

■ CHRONIK

20. Mai – 9. Juni 2025 12

ANALYSE

Die polnisch-US-amerikanischen Beziehungen nach einem halben Jahr der Trump-Administration

Radosław Korzycki, Warschau

DOI: 10.31205/PA.348.01

Zusammenfassung

Nach der Regierungsübernahme des Republikaners Donald Trump im Weißen Haus in Washington führte seine Politik zu Spannungen in den internationalen Beziehungen. Sein Vorgehen, das sich an der Deal-Mentalität orientiert, stellt die Sicherheit und den Wohlstand der Europäer vor neue Herausforderungen. Polen setzte bisher auf eine aus seiner Sicht »privilegierte« Partnerschaft mit den USA – die hohen Militärausgaben des Landes finden in den USA Anerkennung – allerdings ist eine Sonderstellung Polens beim atlantischen Partner fraglich.

Die Unvorhersehbarkeit der US-Außenpolitik: Deal statt Bündnis

Angesichts der Ungewissheit über die künftige Richtung der US-amerikanischen Außenpolitik weisen Experten deutlich darauf hin, dass Polen seine strategische Position überdenken und sich auf eine selbständigere Rolle in der westlichen Welt vorbereiten muss. Wojciech Warski vom Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM) ordnet dies in den Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein. Mitte März legte er im »Magazyn« der Tageszeitung Gazeta Wyborcza dar, dass der Eklat bei dem Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus Ende Februar kein Zufall war, sondern Teil einer kühl umgesetzten Strategie, die sich auf Medienspektakel und die Logik des Deal in den internationalen Beziehungen stützt – Trump selbst hatte das Treffen als »gute Fernsehshow« bezeichnet. Die öffentliche Demütigung des Präsidenten der Ukraine, nachdem er bereits zuvor Diktator genannt und ihm die Schuld für die russische Aggression gegeben worden war, sollte ein für die Trump-Wähler bequemes Narrativ ergeben – eine Wählerschaft, die sich als isolationistisch, globalen Verpflichtungen gegenüber abgeneigt und anfällig für einfache Botschaften über die Verteidigung der eigenen Interessen vor fremden Kriegen erweist. Bei dieser Einstellung zählt weder das Vertrauen der Bündnispartner noch der Zusammenhalt der NATO. Vielmehr zählt, Politik wie einen Konzern zu managen: Entscheidungen werden ad hoc getroffen, im Vordergrund stehen der vorläufige Nutzen und die interne Stärkung der Machtposition. Die Botschaft an die öffentliche Meinung war offenkundig: Die Ukraine ist kein strategischer Partner, sondern eine Belastung, und Europa kann ignoriert oder von oben herab behandelt werden, wenn es

sich nicht an die neue Logik anpasst. Warskis Einschätzung zufolge ist der größte politische Partner der USA nicht mehr Europa, sondern China, und Russland wird – trotz seiner aggressiven Politik – zunehmend als Akteur betrachtet, mit dem man sich ohne Rücksicht auf die Bündnispartner einigen kann. Der heroische Kampf der Ukraine, der eine Chance ist, den russischen Imperialismus dauerhaft zu stoppen, wird in dieser Sichtweise bequem übergangen. Das ist ein krasser Kontrast gegenüber der Ära Ronald Reagens, der die Sowjetunion mit der Vision moralischer und technologischer Überlegenheit schwächte. Heute, in der Trump-Ära, sind das Budapest Memorandum (betraf u. a. Sicherheitsgarantien der USA, Großbritanniens und Russlands gegenüber der Ukraine, als diese ihre sowjetischen Atomwaffen beseitigte) oder das Prinzip der kollektiven Verteidigung im Rahmen der NATO nur soviel wert wie eine momentane Zustimmung zu ihnen. Deshalb kann Europa nicht mehr auf die Zuverlässigkeit des amerikanischen Nuklearschutzschildes zählen, betont Warski, und muss dringend seine eigene Abschreckungsfähigkeit und Entscheidungsmechanismen stärken. Es sei notwendig, sich von der Einstimmigkeit in Schlüsselfragen der Außen- und Sanktionspolitik der Europäischen Union zu lösen, die europäische Rüstungsindustrie zu entwickeln und die Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten zu intensivieren. In diesem Gefüge habe Polen als Land mit einem großen militärischen und politischen Potential und auch als eine von wenigen tatsächlichen Säulen des proatlantischen Kurses in der Region eine besondere Rolle zu spielen. Warski zeigt die Richtungen an: die Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen), die Diversifizierung der Rüstungseinkäufe und ihre Verknüpfung mit der europäischen Rüstungsindustrie und die Ergänzung des US-amerikanischen Nuklearschirms mit französischen Komponenten. Nur solche Maßnahmen können

Polen tatsächlichen Einfluss auf die Gestalt der künftigen Sicherheitsordnung in Europa geben. Umso mehr, da – wie Warski feststellt – Polen als loyaler und glaubwürdiger Partner wichtige Verhandlungskarten besitzt und Trump zufolge jeder gute Deal damit beginnt, sie geschickt einzusetzen.

Tusks Appell an Europa und Amerika: Beziehungspflege

Unterdessen sind unter der von Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) geführten Regierung die Beziehungen zwischen Polen und den USA von sowohl Vorsicht als auch intensiver Diplomatie geprägt, um auf die Wende Washingtons zur Geopolitik des Deals zu antworten. Schon am 21. Januar stellte »Der Spiegel« in Aussicht, dass Donald Tusk dank der Ausrichtung der polnischen EU-Ratspräsidentschaft auf das Leitmotiv »Sicherheit, Europa«, dem konsequenten Anstieg des Verteidigungshaushalts und der Unterstützung für die Ukraine sogar den Respekt Donald Trumps erlangen könnte. Der Schlüssel, sich vor dessen unsteter Politik zu verteidigen, sollte sein, eine starke Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen aufzubauen sowie die europäische Verteidigungsunabhängigkeit zu stärken. Tusk selbst bekannte in der Nachrichtensendung »Fakty po Faktach« (TVN24) am 27. Februar, dass Trump ein »sehr viel schwierigerer Partner als jemals ein US-Präsident zuvor« sei und dass »Unvorhersehbarkeit und die Unbeständigkeit von Ereignissen die von ihm bewusst eingesetzte Methode« seien. Indem Polen über die Herausforderungen mit Keir Starmer, Emmanuel Macron und Friedrich Merz spreche, erschaffe es eine gemeinsame europäische Front. Tusk rief dazu auf, sich »nicht der Illusion hinzugeben, dass wir die Lieblinge in dieser neuer Staffel sind«. Er warnte, dass die Prioritäten der neuen US-Administration der Pazifikraum, China, Israel und der Iran sind, was »zu Lasten der Ukraine, der Europäischen Union und somit auch Polen« gehen könne. Daher müsse man »sehr aufmerksam und konzentriert in diesem komplizierten Spiel« sein. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen zwischen Trump und Selenskyj (bei dem es dann zum Eklat kam) erinnerte Tusk daran, dass »die Wahrheit brutal ist, denn Präsident Trump erwartet diese Art des Business und der Ukraine liegt sehr daran, dass sich Amerika nicht abwendet«. Er betonte, dass Trumps aggressive Verhandlungsmethode, die »häufiger bei Verbündeten als bei Gegnern Anwendung findet« erfordert, »nicht in Panik zu verfallen – man muss damit zurechtkommen«. Am 31. März rief Tusk auf der Plattform X Trump und Amerika auf, Polen, das fast fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgibt und zusammen mit den USA die größte Armee in Europa

aufbaut, weiter als loyalen Bündnispartner zu behandeln und fleht: »Denken Sie bitte daran, Herr Präsident, bevor Sie Ihre engsten Freunde mit Zoll belegen – Zusammenarbeit ist immer besser als Konfrontation«. Im April fügte er hinzu: »Enge transatlantische Beziehungen zu pflegen, ist die gemeinsame Verantwortung der Europäer und Amerikaner, unabhängig von vorübergehenden Turbulenzen. Nutzen wir also bestmöglich die nächsten 90 Tage«, womit er sich auf Trumps 90-tägige Aussetzung der Zollerhöhung bezog. Unterdessen verlagerte sich der Konflikt auf eine Ebene tiefer: Elon Musk, Präsidentenberater und Regierungsangestellter mit besonderen Aufgaben, beleidigte Polens Außenminister Radosław Sikorski als »Soros' Marionette« im Streit um das von Polen mitfinanzierte Starlink-Satellitennetzwerk, das der Ukraine im russischen Angriffskrieg zugutekommt; US-Außenminister Marco Rubio forderte Dankbarkeit von Sikorski, während der proukrainische Kongressabgeordnete Don Bacon das Weiße Haus zu mehr Disziplin aufrief und appellierte, sich von öffentlicher Kritik an den wichtigsten Verbündeten fernzuhalten. In diesen dynamischen diplomatischen, politischen und medialen Gefechten versucht Polen, seine Interessen zu sichern, indem es die transatlantischen Bande stärkt und gleichzeitig zusätzliche Kanäle für die europäische und regionale Zusammenarbeit sucht.

Gleichzeitig wird Warschau Passivität vorgeworfen: Obwohl Polen zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, hat es keinen informellen Gipfel organisiert, der sich den Beziehungen zu den USA oder der Unterstützung der Ukraine widmet. Europa wartet auf eine neue Qualität in der transatlantischen Politik, aber Polen – obgleich erklärtermaßen proamerikanisch – beginnt offenkundig, sich nach Alternativen umzusehen.

Die PiS hält Trump kritiklos die Treue

Das Weiße Haus scheint diplomatische Beziehungen mit Politikern zu bevorzugen, die aus den Reihen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kommen. Bei einem Treffen von Präsident Andrzej Duda und US-Präsident Donald Trump am Rande der Conservative Political Action Conference (CPAC) im Februar in der Nähe von Washington sprachen beide Staatsführer über den russischen Krieg gegen die Ukraine sowie die weitere Intensivierung der polnisch-amerikanischen Zusammenarbeit. Das Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit dauerte ca. zehn Minuten; Informationen waren vorher nicht bekannt gegeben worden. Nach dem Gespräch unterstrich Duda, dass Polen auf weitere Unterstützung der USA zählen könne, und Trump soll gesagt haben, Polen sei aufgrund seiner Rüstungsausgaben und -einkäufe einer der glaubwürdigsten und engsten Bündnispartner. In seinem Auftritt auf

der CPAC nannte Trump den polnischen Präsidenten einen »fantastischen Menschen« und »Freund« und fügte hinzu, dass ihn 84 Prozent der amerikanischen Wähler polnischer Abstammung gewählt hätten, was er mit den Worten zusammenfasste: »Er muss also etwas richtig gemacht haben.« Duda zufolge entwickeln sich die polnisch-amerikanischen Beziehungen sowohl im Bereich der Sicherheit als auch der Wirtschaft, und auch Trump soll unterstrichen haben, dass Polen »einer der allerbesten Bündnispartner ist und sich unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt«.

Das Verhältnis der PiS zu Donald Trump beruht seit Jahren auf kritikloser Bewunderung, was sich aktuell angesichts der internationalen Kontroversen um den US-Präsidenten immer schwieriger begründen lässt. Trotz seiner prorussischen Gesten, seiner Distanzierung von der Ukraine und seiner offenen Angriffe auf die europäische Demokratie bleibt die PiS Trump treu, was z. B. die MAGA-Caps (Make America Great Again) und das Skandieren seines Namens im polnischen Parlament veranschaulichen. Die Partei von Jarosław Kaczyński sieht in einem Bündnis mit Trump nach wie vor politisches Potential und mit Blick auf die polnischen Präsidentschaftswahlen im Mai/Juni und ihren Kandidaten Karol Nawrocki die Möglichkeit, die eigenen Anhänger zu mobilisieren.

Der Präsidentschaftswahlkampf wurde im Wesentlichen auf den Gegensatz zwischen der PiS und der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk aufgebaut, die als feindselig gegenüber den USA dargestellt wurde. Im Internet tauchte Material mit kritischen Äußerungen von Politikern und Akteuren aus dem Regierungsumfeld auf – Einträge von Bogdan Klich, Zitate von Anne Applebaum, welche die Sprache Trumps mit der Rhetorik von Hitler und Stalin vergleicht, oder auch Äußerungen Tusks, der 2023 suggerierte, dass Trump ein russischer Agent sein könnte, wovon er sich später distanzierte. Das Narrativ der PiS sollte lauten: Wollt ihr einen Präsidenten, der im Weißen Haus anrufen kann, oder einen Ministerpräsidenten, der Trump geheimdienstlicher Machenschaften beschuldigt?

Die Strategie der PiS hat die Politologin Agnieszka Kasińska-Metryka treffend in einem Interview des Nachrichtenportals Onet beschrieben. Die PiS wendet die klassische »Fragmentarisierung der Wirklichkeit« an, indem sie nur die Eigenschaften Trumps herausstellt, die zu ihrem rechtskonservativen Narrativ passen, etwa der Kampf gegen die linke Ideologie oder die Verteidigung traditioneller Werte, und den Rest ignoriert. Ihrer Meinung nach hat die PiS so stark auf die Trump-Verehrung gesetzt, dass sie jetzt nicht mehr in der Lage ist, sich ohne Glaubwürdigkeitsverlust aus ihr zurückziehen. Der Versuch, die Einstellung Trump gegenüber zu revidieren, würde de facto bedeuten, sich zu einem

politischen Fehler zu bekennen, und das könne sich die Partei, insbesondere während des Präsidentschaftswahlkampfes in Polen, nicht leisten. Daher werde, sogar wenn Trump die Beziehungen zu Putin intensivieren würde, die PiS so tun, als würde sie das nicht wahrnehmen, und eine Erzählung konstruieren, die sich auf Emotionen und aus dem Kontext herausgerissene Einzelheiten stützt. Nach Einschätzung von Kasińska-Metryka ist diese Übernahme amerikanischer Wahlkampfstrategien unter polnischen Bedingungen nicht nur ein oberflächliches Agieren, sondern auch eine Beleidigung für die polnischen Wählerinnen und Wähler.

US-Militärpräsenz in Polen

Mit der Rückkehr Donald Trumps auf die politische Bühne trat auch das Thema einer stärkeren militärischen Präsenz der USA in Polen (»Fort Trump«) wieder in die politische Debatte in Polen ein. Allerdings braucht man sich hier keine Illusionen zu machen: Das Projekt gab es nie auf der realen Agenda der USA. Es war v. a. eine politische Initiative und Imagekampagne des Präsidenten Andrzej Duda, ausgerichtet mit Blick auf den Nutzen in Polen und nicht auf eine konkrete Vereinbarung mit Washington. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass es nicht das erste Mal ist, dass die polnischen politischen Eliten – unabhängig von ihrer Couleur – nicht fähig sind, die Signale aus den USA richtig zu lesen, insbesondere betrifft das die Botschaften in verschlüsselter diplomatischer Sprache. Eine ähnliche Situation gab es bereits 2009, als sich die Administration des damaligen US-Präsidenten Barack Obama aus dem Projekt des Raketenschutzschildes zurückzog, die polnische öffentliche Meinung aber weiter in der Überzeugung lebte, dass die Angelegenheit bereits entschieden sei. Zweifel am »Fort Trump« sind dem umfassenderen Trend des US-amerikanischen Isolationismus zuzuordnen, der sowohl bei den Demokraten als auch den Republikanern zutage tritt. Experten aus Trumps Umfeld, beispielsweise Willis Krumholz, warnten davor, dass der Bau einer großen US-Militärbasis in Polen nicht nur Russland nicht abschrecken, sondern von ihm sogar innenpolitisch und zu Zwecken der Propaganda ausgenutzt werden könnte.

Die tatsächliche Stärkung der US-amerikanischen Militärpräsenz in Polen wurde jedoch nicht aufgegeben, sondern nur in ihrer Form verändert. Statt nur eines »Fort Trump« sollte die Militärpräsenz in der ersten Amtszeit von Trump mehr im Land verteilt werden, was den Empfehlungen des Berichts des Atlantic Council (u. a. Philip M. Breedlove und Alexander Vershbow) entsprach. Demnach sollte ein Netz kleinerer Stützpunkte aufgebaut werden, wozu etwa ein Schulungszentrum für Spezialkräfte bei Krakau (Kraków), der Ausbau eines Führungsquartiers in Posen (Poznań) und die Moder-

nisierung von Flughäfen, Häfen und Infrastruktur in Thorn (Toruń), Gdingen (Gdynia), Pruszcz Gdański, Orzysz und Drawsko Pomorskie gehören. Gleichzeitig wird empfohlen, dass die ständige US-Militärbrigade weiterhin in Deutschland stationiert bleiben sollte. Eine solche Strategie entspricht der Logik der aktuellen Verpflichtungen der NATO und der globalen militärischen Flexibilität, die das Pentagon bevorzugt.

Eine Veränderung des Narrativs lässt sich auch in den Äußerungen Dudas feststellen, der 2019, im Rahmen der Feierlichkeiten zur 20-jährigen NATO-Mitgliedschaft Polens, einen viel größeren Nachdruck auf die Bedeutung des gesamten Bündnisses als auf die bilateralen Beziehungen zu den USA legte. Diese Abkehr von den vorangegangenen Versuchen, eine exklusive Partnerschaft mit Washington aufzubauen, zugunsten einer multilateralen transatlantischen Zusammenarbeit, kann Ausdruck einer Kurskorrektur und eines besseren Verständnisses des tatsächlichen Kräfteverhältnisses sein.

Bestätigt wurde dieser Realismus auch durch eine Aussage der damaligen US-Botschafterin in Polen, Georgette Mosbacher, in einem Interview für das Internetportal Wirtualna Polska im Juni 2020. Mosbacher, die sich damals in Washington aufhielt, wies eindeutig darauf hin, dass die Rede von der Verlegung von 3.000 US-Soldaten aus Deutschland nach Polen falsch und die einzige verbindliche Entscheidung die Umverlegung von 1.000 Soldaten sei – wobei sie keine konkreten Orte nannte. Sie stellte klar, dass die Bezeichnung »Fort Trump« nie in offiziellen Gesprächen von amerikanischer Seite verwendet, sondern von den Medien aufgeblasen worden sei und keine Chance auf Realisierung habe. Zwar benutzte Präsident Duda diesen Begriff bei einem seiner ersten Gespräche mit Trump, aber die Botschafterin selbst soll davon abgeraten haben, da er irreführend und unrealistisch ist.

Mosbacher erklärte außerdem, dass die Verteidigungsstrategie der USA heute eine größere Verteilung der Streitkräfte vorsieht und nicht deren Konzentration an einem großen Stützpunkt. Für Polen habe dies Vorteile, denn die Präsenz von US-Soldaten in Polen werde größer und die am besten ausgebildeten Einheiten umfassen. Sie unterstrich, dass die Entscheidung über die Entsendung der Streitkräfte nach Abzug eines Teils der in Deutschland stationierten Soldaten noch nicht getroffen wurde und auch andere Weltregionen in Betracht kommen könnten, z. B. Ostasien.

Somit ist klar: Das »Fort Trump« war eine politische Idee, die nicht in die Realität der amerikanischen Verteidigungspolitik Eingang finden konnte. Die aktuelle militärische Zusammenarbeit zwischen Polen und den USA verläuft anders, als es manche Politiker erwarten haben, aber das bedeutet nicht ihre Schwächung. Im Gegenteil – sie entwickelt sich zu einem realistischeren,

ausdifferenzierten Modell der Präsenz, das besser auf die tatsächlichen Herausforderungen und Handlungslogik der NATO antworten kann. In dieser neuen Situation sollte Polen – anstatt symbolische Gesten zu erwarten – daran weiterarbeiten, Vertrauen und Zusammenarbeit im gesamten Bündnis aufzubauen, und dabei durchaus nicht seine Position als der wichtigste Staat an der NATO-Ostflanke außer Acht lassen.

Der Zollkonflikt zwischen den USA und der EU

Aktuell stellt die Einführung von Zöllen durch die Trump-Administration nicht nur die Stabilität der globalen Lieferketten, sondern auch die Sicherheit des polnischen Exports und von Investitionen in Frage. Obwohl Polen eine positive Handelsbilanz mit den USA aufweist – 2024 exportierte es Waren im Wert von 12,6 Milliarden US-Dollar, der Import betrug nur 7,7 Milliarden US-Dollar – ist es nicht gegen die Folgen von Spannungen im Handel resistent. Als Mitglied der Europäischen Union unterliegt Polen der europäischen Zollpolitik. Das bedeutet, alle Zollentscheidungen, die die EU betreffen, gelten auch für Polen, unabhängig von der Qualität der bilateralen Beziehungen mit den USA. Das Problem wird dadurch noch vertieft, dass über die Hälfte des Mehrwertes aus Polen indirekt auf den US-amerikanischen Markt gelangt, und zwar über Länder wie Deutschland, Mexiko oder Kanada. Jede Erschütterung ihres Exports bedeutet auch einen Stoß für die polnische Wirtschaft.

Schätzungen des Polnischen Wirtschaftsinstituts (Polski Instytut Ekonomiczny – PIE) zufolge könnte eine Eskalation des Zollkonfliktes zwischen Washington und Brüssel das polnische Bruttoinlandsprodukt um 0,43 Prozent mindern. Die am stärksten gefährdeten Branchen sind die Auto-, Metall und Transportbranche, die stark mit dem transatlantischen Austausch verflochten und von einer vorhersehbaren Handelspolitik abhängig sind. Auf längere Sicht könnten die Zölle die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Produkte einschränken, zum Rückgang der Beschäftigung in Schlüsselindustrien sowie zu einem Einfrieren von Investitionen führen. Auch die Deglobalisierung wird zu einem Risiko – Unternehmen könnten ihre Produktion in Polen zugunsten von Ländern, die näher am Absatzmarkt liegen, einschränken.

Angeichts dieser Gefahren muss Polen vorausschauende Maßnahmen ergreifen: Absatzmärkte erweitern, in Innovationen investieren und vor allem die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern im Rahmen einer gemeinsamen Handelsstrategie stärken. Die transatlantischen Beziehungen sollten sich auf verlässliche Grundsätze stützen und nicht auf einseitige, von den Innenpolitik der USA motivierte Entscheidungen. Auch wenn

die polnisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen immer noch auf einem soliden Fundament stehen, erfordert die aktuelle Dynamik eine größere Vorsicht, europäische Solidarität und eine konsequente Verfolgung der Interessen der polnischen Exporteure in den europäischen Strukturen.

Die Stimmung in der polnischen Bevölkerung gegenüber Trumps Amerika

Im April 2025 veröffentlichte das polnische Meinungsforschungsinstitut CBOS Umfrageergebnisse zur Wahrnehmung der polnisch-amerikanischen Beziehungen sowie der Präsidentschaft von Donald Trump (siehe Rubrik »Umfragen«). Die Daten werfen ein neues Licht auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Stimmung in Polen gegenüber dem Hauptverbündeten jenseits des Atlantiks. Nur 31 Prozent der Befragten nannten die Beziehungen zu den USA gut, davon nur zwei Prozent »eindeutig gut«. Über die Hälfte der Befragten (52 Prozent) bewertete sie als »weder gut noch schlecht« und zehn Prozent als schlecht. Im Vergleich zum März 2023, als 80 Prozent der Polen die Beziehungen zu den USA als positiv einschätzten, ist das ein Rückgang von ungefähr 50 Prozentpunkten. Der Anteil der ambivalenten und kritischen Haltungen steigt, was von einer wachsenden nicht nur politischen, sondern auch emotionalen Distanz gegenüber dem bisherigen Modell der Zusammenarbeit zeugt.

Eine ähnliche Verschiebung zeigt sich in der Frage, wer von den gegenseitigen Beziehungen profitiert: 33 Prozent meinen, es sind die USA, nur fünf Prozent nennen Polen, und 42 Prozent sagen, beide Seiten gleichermaßen. Gleichzeitig veränderte sich deutlich die Meinung zum globalen Einfluss der USA: 29 Prozent der Befragten bewerten ihn heute als eher negativ, nur 20 Prozent als positiv und 33 Prozent antworten »kommt

darauf an«. Zum Vergleich: 2023 äußerten sich über 50 Prozent der Befragten positiv.

Interessant ist auch, dass die Präsidentschaft Donald Trumps bei der Mehrheit der Polen eine deutliche Beunruhigung auslöst. 60 Prozent der Respondenten äußerten Sorge, nur 14 Prozent Hoffnung und fast jeder Fünfte blieb gleichgültig. Obgleich die Politiker der PiS laut ihre Begeisterung für den amerikanischen Präsidenten demonstrieren, zeigen die Umfragen von CBOS, dass die gesellschaftliche Unterstützung für diesen Kurs immer schwächer und weniger selbstverständlich wird. Es wachsen Zweifel, ob die einseitige Ausrichtung auf die Beziehung zu Trump – auch im Zusammenhang mit seiner Distanzierung von der Ukraine und seinem Flirt mit Moskau – für Polen tatsächlichen Nutzen bedeutet oder eher das Risiko der politischen und wirtschaftlichen Isolation steigt.

Donald Trump wird Polen möglicherweise kurz vor dem geplanten NATO-Gipfel am 24./25. Juni 2025 in Den Haag besuchen, teilte Wojciech Kolarski, Leiter des Büros für Internationale Angelegenheiten beim Präsidenten der Republik Polen, mit. Die Einladung sei bereits während des ersten Telefonats zwischen Andrzej Duda und Donald Trump am 11. November 2024 ausgesprochen worden, habe aber aus organisatorischen Gründen auf amerikanische Seite bisher noch nicht realisiert werden können. Nach der ersten Auslandsreise Trumps im Mai in den Nahen Osten sei sein Besuch in Polen unmittelbar vor dem Gipfel die »wahrscheinlichste Option«, stellte Kolarski in Aussicht. Die Dynamik in der Politik der Trump-Administration wird bis dahin ein wesentlicher Faktor der polnisch-amerikanischen Beziehungen bleiben.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

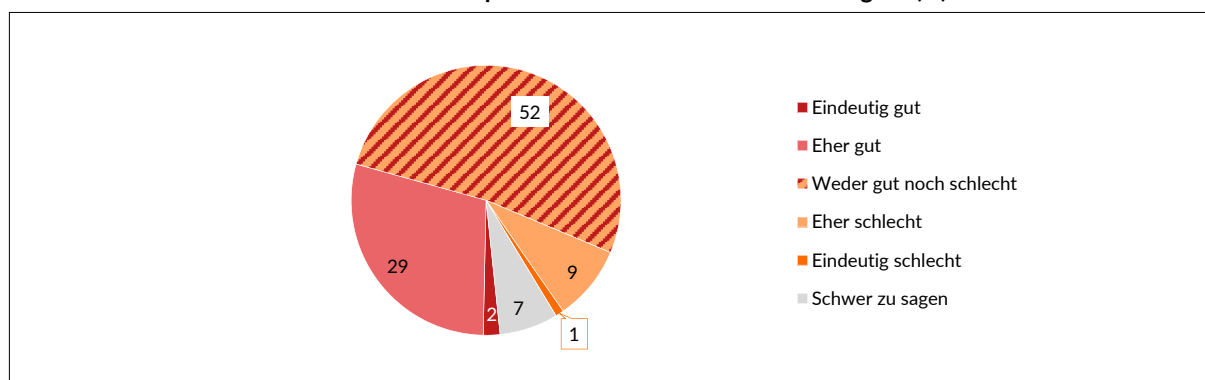
Über den Autor

Radosław Korzycki war als Korrespondent für polnische Medien in den USA tätig und schrieb für *Polityka*, *Tygodnik Powszechny* und *Gazeta Wyborcza*. Zurzeit lebt er in Warschau (Warszawa). Er kommentiert die US-amerikanische Politik im Radiosender TOK FM und publiziert auf der Nachrichtenplattform *gazeta.pl*.

UMFRAGEN

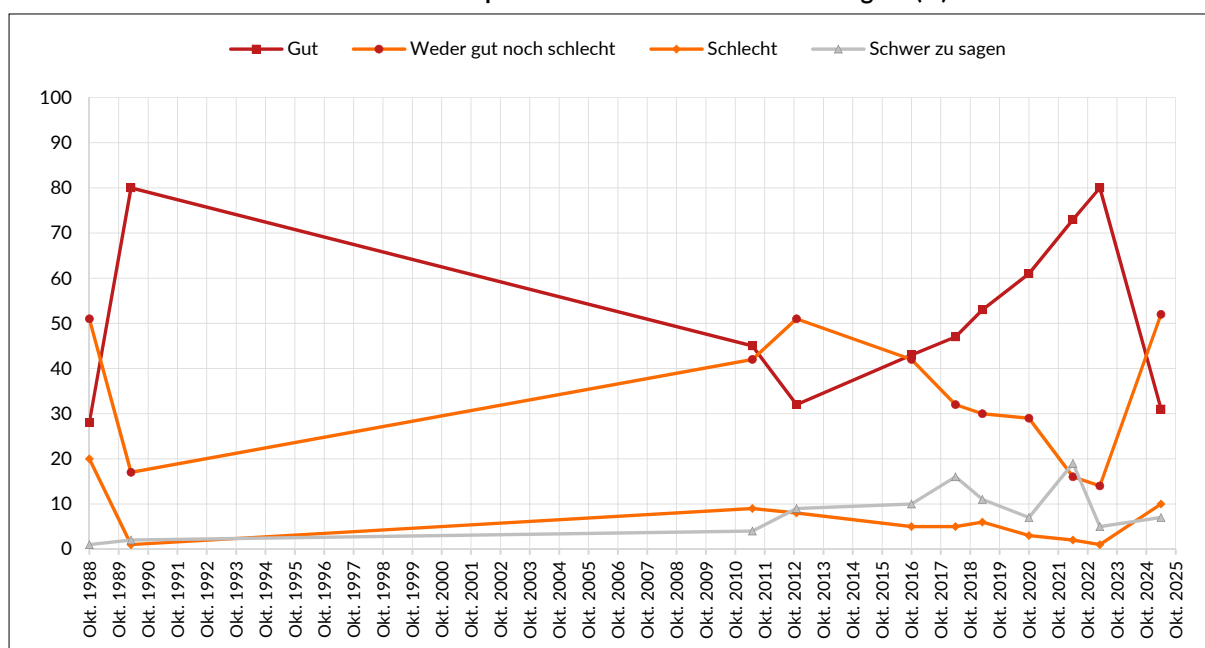
Umfragen zu den polnisch-amerikanischen Beziehungen und US-Präsident Donald Trump

Grafik 1: Wie beurteilen Sie die aktuellen polnisch-amerikanischen Beziehungen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie beurteilen Sie die aktuellen polnisch-amerikanischen Beziehungen? (%)

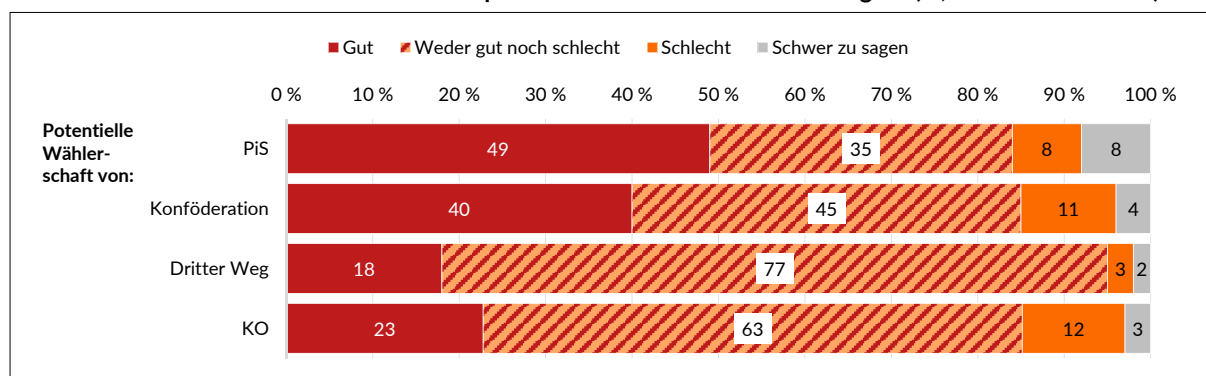


	Gut	Weder gut noch schlecht	Schlecht	Schwer zu sagen
Oktober 1988	28	51	20	1
März 1990	80	17	1	2
Mai 2011	45	42	9	4
November 2012	32	51	8	9
Oktober 2016	43	42	5	10
April 2018	47	32	5	16

	Gut	Weder gut noch schlecht	Schlecht	Schwer zu sagen
März 2019	53	30	6	11
Oktober 2020	61	29	3	7
April 2022	73	16	2	19
März 2023	80	14	1	5
April 2025	31	52	10	7

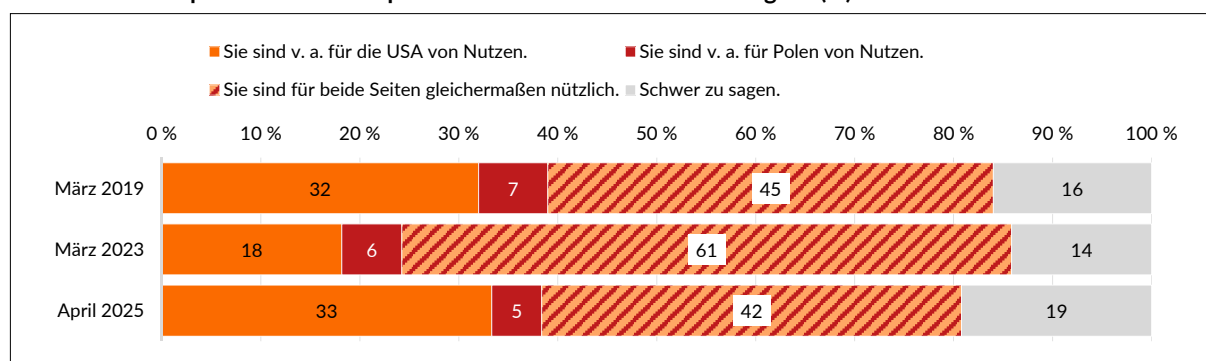
Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

Grafik 3: Wie beurteilen Sie die aktuellen polnisch-amerikanischen Beziehungen? (% nach Wählerschaft)



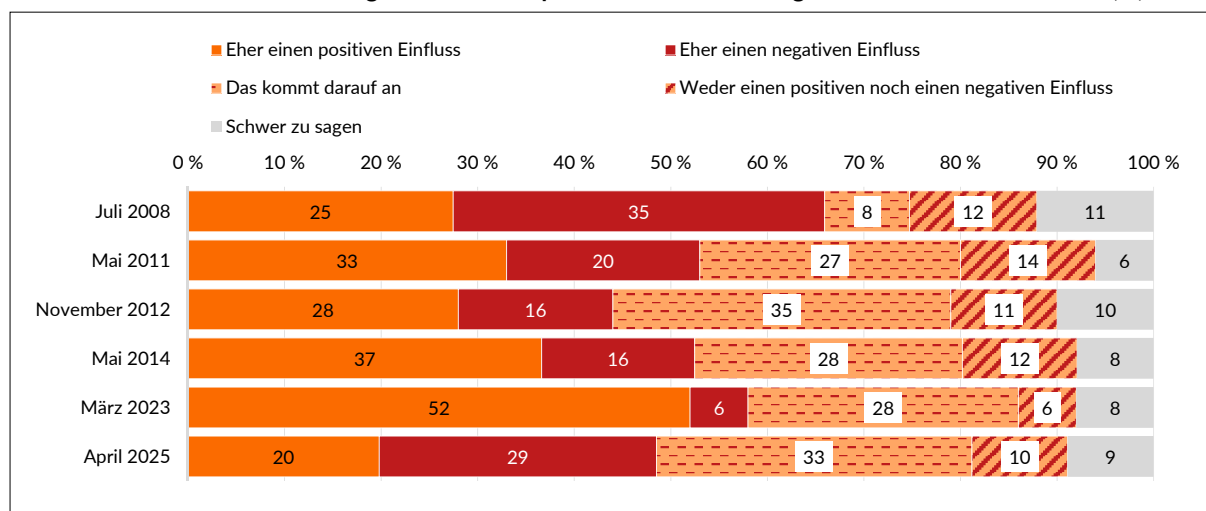
PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation/Konfederacja; Dritter Weg/Trzecia Droga; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition
 Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

Grafik 4: Wer profitiert von den polnisch-amerikanischen Beziehungen? (%)



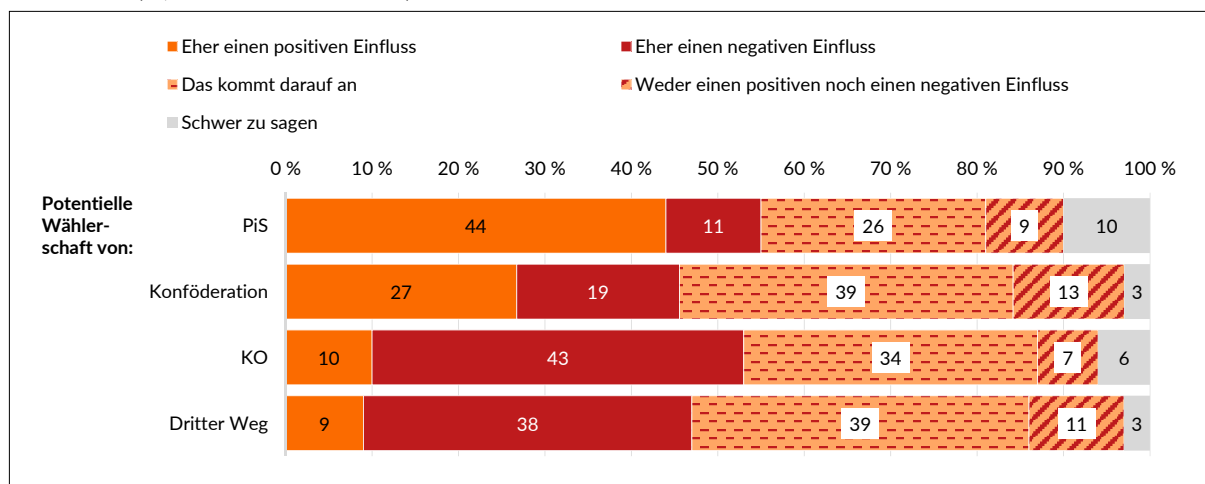
Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

Grafik 5: Haben die USA im Allgemeinen einen positiven oder einen negativen Einfluss auf die Welt? (%)



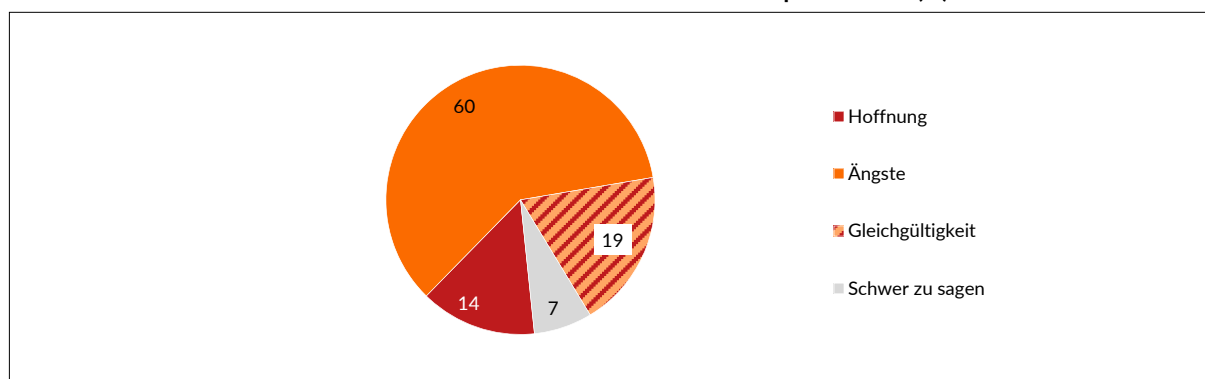
Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

Grafik 6: Haben die USA im Allgemeinen einen positiven oder einen negativen Einfluss auf die Welt? (% nach Wählerschaften)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation/Konfederacja; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Dritter Weg/Trzecia Droga
 Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

Grafik 7: Welche Gefühle weckt die Präsidentschaft von Donald Trump bei Ihnen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań 40/2025: O stosunkach polsko-amerykańskich i prezydenturze Donalda Trumpa [Über die polnisch-amerikanischen Beziehungen und die Präsidentschaft von Donald Trump]. Warszawa 04/2025. www.cbos.pl

KOMMENTAR

Karol Nawrocki wird der nächste polnische Präsident: Was sind die Konsequenzen?

Agnieszka Łada-Konefał und Bastian Sendhardt (Deutsches Polen-Institut, Darmstadt)

Karol Nawrocki, der Präsidentschaftskandidat aus dem Lager von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), hat die Stichwahl mit 50,89 Prozent (10.606.628 Stimmen) für sich entschieden und den Kandidaten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Rafał Trzaskowski, mit 49,11 Prozent (10.237.177 Stimmen) auf den zweiten Rang verwiesen. Karol Nawrocki wird damit der nächste polnische Präsident werden und das bei einer Rekordwahlbeteiligung von 71,6 Prozent.

Warum hat Nawrocki gewonnen und Trzaskowski verloren?

Das Wahlergebnis war denkbar knapp. Letztlich machten 369.591 Stimmen den Unterschied zwischen Sieg und Niederlage aus. Für Trzaskowski war dies eine Verbesserung im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 2020, als der Abstand zu Wahlsieger Andrzej Duda 422.385 Stimmen betrug. Es reichte allerdings nicht aus, um Karol Nawrocki in der Stichwahl zu schlagen. Nawrocki gelang es, den Großteil der Wähler, die im ersten Wahlgang für einen rechten Kandidaten wie Sławomir Mentzen oder Grzegorz Braun gestimmt hatten, für sich zu gewinnen.

Trzaskowski hingegen ist es nicht gelungen, das Wählerpotenzial des liberal-demokratischen Lagers vollends auszuschöpfen. Zwar erreichte er im zweiten Wahlgang mehr Wähler als noch 2020, er blieb aber weit hinter den 11.599.090 Stimmen zurück, die die Parteien des aktuellen Regierungsbündnisses und die außerhalb der Regierung verbliebene Partei Gemeinsam (Razem) bei den Parlamentswahlen 2023 erhalten hatten. Letztlich geriet die Präsidentschaftswahl auch zu einer Art Referendum über die bisherige Arbeit der von Ministerpräsident Donald Tusk (PO) geführten Regierungskoalition, die nach gut anderthalb Jahren Amtszeit in einem Umfragetief steckt.

Was sind die Konsequenzen für ...

... Polen?

Der knappe Wahlausgang ist Ausdruck der politischen Polarisierung in Polen, die sich jedoch weniger an Sachfragen als an dem Duopol PO – PiS orientiert. Dementsprechend war der Wahlkampf auch stark von persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Trzaskowski und Nawrocki bestimmt. Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs deuten auf eine Schwächung dieses Duopols hin, das eigentlich das Duopol PO – PiS ist. Hier wird ein *generation gap* sichtbar. Während die älteren Wähler

in ihrer überwältigenden Mehrheit für Nawrocki oder Trzaskowski und damit einen Vertreter des Duopols votierten, gingen die Stimmen der Jungwähler in der ersten Wahlrunde mehrheitlich an die Kandidaten des rechten (Sławomir Mentzen) bzw. linken politischen Lagers (Adrian Zandberg). Gleichzeitig jedoch lässt die Rekordwahlbeteiligung in der Stichwahl kein rasches Ende des Duopols erwarten. Schließlich pilgerte das Gros der Wähler von Kandidaten außerhalb des Duopols auch im zweiten Wahlgang an die Urnen, um diesmal einem der Vertreter des Duopols seine Stimme zu geben.

Fest steht, dass der nach dem Regierungswechsel 2023 eingeleitete politische Wandel hin zu einem liberalen Polen und der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im Land einen herben Rückschlag erlitten hat. Ähnlich wie beim noch amtierenden Präsidenten Duda wird die Tusk-Regierung auch gegen einen Präsidenten Nawrocki kaum eines ihrer Reformprojekte durch Gesetzesänderungen umsetzen können. Nawrocki wird wie Duda entsprechende Vorhaben mit seinem Veto blockieren und versuchen, die Regierungspolitik zu lähmen. Schließlich ist es sein erklärtes Ziel, den Sturz der Regierung von Donald Tusk herbeizuführen. Nawrocki wird ein weit aus schwierigerer Partner für Tusk sein als der scheidende Präsident. Ministerpräsident Donald Tusk kündigte am Tag nach der Wahl an, die Vertrauensfrage im Parlament stellen zu wollen. Dies dürfte vor allem zur Disziplinierung der Koalitionspartner dienen – dem agrarisch-konservativen Dritten Weg (Trzecia Droga), der aus der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) sowie Polen 2050 (Polska 2050) besteht, und der progressiven Neuen Linken (Nowa Lewica). Diese Fraktionen dürften angesichts der aktuellen Umfragewerte wenig Interesse an vorgezogenen Neuwahlen haben, müssten sie doch um ihren Wiedereinzug ins Parlament bangen. Gleichzeitig dürfte es Tusk auch darum gehen, mögliche Renegaten der PSL, die mit einer Koalition zwischen PSL, PiS und der rechtsnationalistischen Konföderation (Konfederacja) liebäugeln, zur Raison zu bringen.

Für Nawrocki bestünde damit eine einzige Möglichkeit, ein vorzeitiges Ende der Tusk-Regierung herbeizuführen: Wenn es der Regierungskoalition aufgrund interner Spannungen nicht gelingen sollte, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 fristgerecht im Parlament zu verabschieden, kann der Präsident das Parlament auflösen und vorgezogene Neuwahlen veranlassen.

Gleichwohl haben die Präsidentschaftswahlen das rechte politische Lager in Polen gestärkt, auch PiS-Chef

Jarosław Kaczyński, über dessen Abschied aus der aktiven Politik immer wieder spekuliert wird, sitzt einstweilen wieder fest im Sattel. Allerdings werden erst die kommenden Wochen und Monate zeigen, ob der Wahlsieg Nawrockis tatsächlich der Vorbote für eine Einigung des fragmentierten rechten politischen Lagers im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2027 ist.

... die Europäische Union?

Nach dem Regierungswechsel 2023 setzten zahlreiche Beobachter große Hoffnungen auf Polen als neuen pro-europäischen Player innerhalb der Europäischen Union. Diese Hoffnungen haben nun einen erneuten Dämpfer erhalten. Wegen der schwierigen Kohabitation mit Präsident Andrzej Duda gestanden die europäischen Partner Polen eine gewisse Schonfrist zu, insbesondere was die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit anbelangt. Dieser Vertrauensvorschuss sollte nach den Präsidentschaftswahlen und dem Sieg Trzaskowskis in Form von Gesetzesreformen zurückgezahlt werden. Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Stattdessen wird sich Polen bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 2027 prinzipiell im Dauerwahlkampf befinden, gesetzt den Fall, die Regierung Tusk kann sich bis dahin an der Macht halten. Denn der Unmut über nicht oder zu zögerlich umgesetzte Wahlversprechen wird tendenziell zunehmen. Die Regierungskoalition wird sich auf die Innenpolitik und den de facto gerade begonnenen Parlamentswahlkampf 2027 konzentrieren und daher kaum Kapazitäten haben, um auf europäischer Ebene aktiv zu sein.

Auch stellt sich die Frage, wie Nawrocki als Präsident agieren wird. Folgt er der PiS-Linie und versucht, sich als polnische Version von Donald Trump zu inszenieren, wäre eine weitere Obstruktion des pro-europäischen Kurses der Tusk-Regierung vorprogrammiert. Vor allem der weitere Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine und das damit verbundene US-amerikanische Engagement in Europa dürften darüber entscheiden, ob Nawrocki den Schulterschluss mit Trump sucht und ihm hilft, die Einheit der Europäer zu untergraben, und versucht, für Polen sicherheitspolitische Sonderbeziehungen mit den Vereinigten Staaten zu erreichen.

... Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen?

Im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 2020 spielte die sogenannte »deutsche Karte«, also das Thema Deutschland, in diesem Wahlkampf lediglich eine nachgeordnete Rolle. Gleichwohl war sie aber präsent. So ließ sich Karol Nawrocki etwa in der Grenzstadt Słubice filmen und erklärte, er werde es nicht zulassen, dass illegale Migranten von Deutschland aus die Grenze zu Polen überschreiten würden. Zudem kündigte Nawrocki an, dass er sich im Falle eines Wahlsiegs in der Reparationsfrage engagie-

ren werde. Generell bediente er das altbekannte Narrativ, wonach Deutschland ein Polen übel gesinnter Nachbar sei, der mit Hilfe von Politikern wie Donald Tusk (die aus PiS-Sicht als »deutsche Agenten« agieren) dem Land seine eigenen Interessen aufzwingen und es steuern wolle.

Vor allem aber im Bereich Migrationspolitik unterscheidet sich Nawrocki eher in Nuancen von seinem Kontrahenten Trzaskowski und der Regierung um Donald Tusk, die sich ebenfalls gegen innereuropäische Grenzsicherungen und die Zurückweisung von Migranten ausgesprochen haben. Die Tusk-Regierung erwartet auch eine »kreative Lösung seitens Deutschland«, wie es Außenminister Sikorski 2024 formuliert hat, um die von Polen erlittenen Schäden und Verluste während der deutschen Besatzungsherrschaft 1939–1945 wiedergutzumachen. Wohl aber gibt es erhebliche Unterschiede in der Tonalität, mit der diese Forderungen an den deutschen Nachbarn herangetragen werden. Während Tusk und auch Trzaskowski in diesen Fragen stets eine gewisse Konzilianz an den Tag legten, ist von Nawrocki ein eher konfrontativer Ansatz zu erwarten.

Darüber hinaus dürfte, ähnlich wie im Falle der Europapolitik, der Fokus der polnischen Regierung auf die Innenpolitik die Kapazitäten für die Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen begrenzen, zumal diese Beziehungen stets zum Spielball der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Präsident werden können.

Fazit: Was lässt sich von einem Präsidenten Karol Nawrocki erwarten?

Karol Nawrocki ist politisch ein unbeschriebenes Blatt, seine Präsidentschaft gleicht deshalb einem Sprung ins Ungewisse. Er ist parteipolitisch nicht verankert und besitzt kaum Kenntnisse über die Prozesse der polnischen wie auch der internationalen Politik. Jarosław Kaczyński dürfte all dies im Blick gehabt haben, als er den politischen Nobody Nawrocki zum Präsidentschaftskandidaten kürte: Er wird ein Präsident sein, der politisch unerfahren und damit von externer Expertise abhängig ist und als Parteiloser keine Konkurrenz für Kaczyński innerhalb der PiS darstellt. Doch wird dieses Kalkül aufgehen? Nawrocki gilt als durchsetzungstark und überaus ambitioniert. Sein Wahlsieg und die partiübergreifende Unterstützung des rechten Lagers könnten dem politischen Quereinsteiger Lust auf mehr gemacht haben. Es bleibt abzuwarten, ob Nawrocki die ihm zugedachte Rolle als Erfüllungsgehilfe der PiS bei ihrem Weg zurück in die Regierungsverantwortung einnimmt oder er darüber hinaus eigene politische Ambitionen entwickelt, die über seine fünfjährige Amtszeit als Präsident hinausweisen.

Informationen über die Autoren finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren

Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Politologin, ist stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut, Darmstadt. Zu ihren Interessenschwerpunkten gehören die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außen- und Europapolitik, die Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen und die Institutionen der Europäischen Union.

Bastian Sendhardt, Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts im Büro Berlin. Seine Spezialgebiete sind die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Innenpolitik sowie die Politik des polnischen Staates gegenüber seiner Diaspora.

CHRONIK

20. Mai – 9. Juni 2025

20.05.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz nimmt in Brüssel am Rat »Auswärtige Angelegenheiten – Verteidigung« der Europäischen Union teil. Thematisiert wird u. a. eine Beteiligung der EU an Sicherheitsgarantien für die Ukraine, gegen die Russland einen Angriffskrieg führt. Kosiniak-Kamysz sagt, Polen lerne aus den Kriegserfahrungen der Ukraine und investiere verstärkt in Drohnen und Drohnenabwehrsysteme für die polnischen Streitkräfte.
21.05.2025	Nach einer Debatte am Vortag stimmt der Sejm über die Verlängerung der Aussetzung des Rechtes, Asylanträge an der polnisch-belarusischen Grenze zu stellen, ab. Für die Verlängerung stimmen 366 Abgeordnete bei 17 Gegenstimmen (keine Enthaltungen). Die 60-tägige Verlängerung schließt sich am 26. Mai nahtlos an die aktuell bestehende Aussetzung an. Die Aussetzung betrifft nicht Minderjährige ohne Begleitung, Schwangere und Personen, die wegen ihres Alters oder Gesundheitszustandes besonderen Schutzes bedürfen. Das zugrundeliegende Asylgesetz vom Dezember 2024 soll verhindern, dass Belarus und Russland in Kooperation mit internationalen Schleusergruppen illegale Immigration in die Europäische Union organisieren.
22.05.2025	Ministerpräsident Donald Tusk und Vizeverteidigungsminister Cezary Tomczyk nehmen in Gdingen (Gdynia) an einer Dringlichkeitssitzung mit dem Führungsstab der Kriegsmarine teil. Der Anlass ist, dass die Marine Versuche der sog. russischen Schattenflotte vereitelt hat, ein Stromkabel zwischen Polen und Schweden zu beschädigen. Tusk kündigt den Kauf von Drohnen für die Marine zur Kontrolle des Territoriums an. Deren Verwendung verringere die Kosten des Einsatzes von Spezialbooten.
25.05.2025	In Warschau finden zwei Demonstrationen zur Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Rafał Trzaskowski bzw. Karol Nawrocki statt. Vor dem »Großen Marsch der Patrioten« für Trzaskowski, Kandidat der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), rufen Politiker der KO-geführten Regierungskoalition sowie Trzaskowskis Gegenkandidaten des ersten Wahlgangs aus dem liberal-konservativen und linken Lager die Wähler auf, Trzaskowski in der Stichwahl am 1. Juni zu unterstützen. Am »Marsch für Polen« zur Unterstützung von Karol Nawrocki, Kandidat aus dem Lager von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), nehmen führende PiS-Politiker teil. Nach ersten Schätzungen des städtischen Ordnungsamtes nehmen am Marsch für Trzaskowski ca. 140.000 Personen und am Marsch für Nawrocki ca. 50.000 Personen teil.
26.05.2025	In Sławków (Woiwodschaft Schlesien/województwo śląskie) unterzeichnen Vertreter der Agentur für Industriebentwicklung und des Euroterminals Sławków in Anwesenheit von Ministerpräsident Donald Tusk einen Vertrag über den Ausbau des Euroterminals. Es handelt sich um einen logistischen Knotenpunkt, der eine Schlüsselrolle beim Wiederaufbau der Ukraine spielen und die Rolle Polens als wichtigster Akteur im Bereich Transport in Ostmitteleuropa stärken soll, heißt es in einer Regierungsinformation.
27.05.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz wird in Washington von US-Verteidigungsminister Pete Heghseth empfangen. Heghseth lobt Polen mit Blick auf seine Verteidigungsausgaben in Höhe von knapp fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts als »vorbildlichen Bündnispartner«, der ähnlich wie die US-Regierung unter Donald Trump »gesunden Menschenverstand« bei der Bereitschaft zeige, das eigene Land und seine Grenzen zu verteidigen. Eines der Hauptthemen des Treffens sei die Gründung polnisch-US-amerikanischer Joint Ventures im Rüstungsbereich in Polen gewesen, sagt Kosiniak-Kamysz im Anschluss. Mit der Gründung von Joint Ventures erreiche Polen eine neue Stufe der bilateralen Beziehungen.

27.05.2025	Innenminister Tomasz Siemoniak empfängt in Warschau die US-Ministerin für Nationale Sicherheit, Kristi Noem. Ein wichtiges Thema des Treffens ist die illegale Migration. Polen und die USA stünden vor ähnlichen Herausforderungen. Er habe die Sicherheitsmaßnahmen, die Polen an der Grenze zu Belarus getroffen hat, detailliert dargestellt, sagt Siemoniak nach dem Treffen.
28.05.2025	Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, Ministerin für Fonds und Regionalpolitik, gibt bekannt, dass die Europäische Kommission die von ihrem Ressort vorgeschlagenen Veränderungen im Landesaufbauplan (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) akzeptiert hat. Dazu gehört u. a. die Bildung eines Fonds für Verteidigung und Sicherheit, der mit 25 Mrd. Złoty (ca. 5,8 Mrd. Euro) ausgestattet wird und ab 2026 eingesetzt werden soll.
30.05.2025	Jan Szyszko, Vizeminister für Fonds und Regionalpolitik, teilt bei einem Treffen mit Vertretern der Selbstverwaltung in Lodz (Łódź) mit, dass aus dem von der Europäischen Kommission akzeptierten Fonds für Sicherheit und Verteidigung zehn Mrd. Złoty (ca. 2,3 Mrd. Euro) für sowohl zivil als auch militärisch nutzbare Infrastruktur »dual use« bestimmt sind. Weitere zehn Mrd. Złoty sind für Schutzzräume, Kanalisation und Wasserinfrastruktur sowie Telekommunikationsinfrastruktur vorgesehen.
01.06.2025	In Polen findet der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen statt. In die Stichwahl gehen der Kandidat der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Rafał Trzaskowski, und Karol Nawrocki, Kandidat aus den Reihen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Die Wahlbeteiligung bis 17 Uhr betrug 54,91 Prozent.
02.06.2025	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) gibt das Endergebnis der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen am Vortag bekannt. Karol Nawrocki, Kandidat aus den Reihen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), erhielt 50,89 Prozent der Stimmen und Rafał Trzaskowski, Kandidat der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), 49,11 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug 71,63 Prozent.
02.06.2025	In einer Videobotschaft gratuliert Ministerpräsident Donald Tusk dem Wahlsieger der Präsidentschaftswahlen am Vortag, Karol Nawrocki. Vor dem Hintergrund der Kohabitation kündigt Tusk an, in Kürze im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen.
02.06.2025	Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), bewertet den Wahlsieg von Karol Nawrocki, Präsidentschaftskandidat der PiS, am Vortag als »rote Karte« für die Regierungskoalition von Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO). Tusk könne nicht länger Regierungschef bleiben. Kaczyński schlägt die Bildung einer technokratischen Regierung vor, die bis zu den Parlamentswahlen 2027 ihr Amt ausüben könne.
03.06.2025	Ministerpräsident Donald Tusk stellt für Juli die Evaluierung der Regierungsarbeit und mögliche Veränderungen in den Ressorts in Aussicht.
04.06.2025	Bundesaußenminister Johann Wadepul und sein polnischer Amtskollege Radosław Sikorski eröffnen in Berlin das Deutsch-Polnische Forum 2025, das unter dem Titel »Gemeinschaft für schwierige Zeiten« stattfindet. In neun Themenpanels werden politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen diskutiert. Im Rahmen des Forums wird der polnischen Regisseurin Elwira Niewiera und der Bildungsstätte Bredbeck der Deutsch-Polnische Preis für besondere Verdienste in den Deutsch-Polnischen Beziehungen verliehen.
05.06.2025	Nach den verlorenen Präsidentschaftswahlen letzte Woche treffen sich in Warschau die Koalitionsführer der Regierung, Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO), Sejmmarschall Szymon Hołownia (Polen 20250/Polska 2050), Vize-Sejmmarschall Włodzimierz Czarzasty (Die Linke/Lewica) und der stellvertretende Ministerpräsident Władysław Kosiniak-Kamysz (Polnische Volkspartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Vereinbart wird, einen Regierungssprecher zu berufen, um die Regierungspolitik besser zu kommunizieren. Außerdem soll künftig jede Woche ein Treffen der Regierungsfaktionen für den Austausch über wichtige Fragen und die Abstimmung gemeinsamer Standpunkte stattfinden.
08.06.2025	Medienberichten zufolge sagt Karol Nawrocki, der in der vergangenen Woche die Präsidentschaftswahlen in Polen gewann, in einem Interview der regierungsnahen ungarischen Zeitung Mandiner, dass Polen die von Russland angegriffene Ukraine weiter strategisch und militärisch unterstützen werde. Er sei allerdings gegen einen EU-Beitritt der Ukraine. Zunächst müsse Kyjiw die Beziehungen zu seinen Nachbarn ordnen, insbesondere die wirtschaftlichen und historischen Fragen. Zu letzteren gehöre auch der »Völkermord von Wolhynien«. Das Interview für Mandiner ist Nawrockis erstes Interview für eine ausländische Zeitung.
09.06.2025	Heute beginnt an 40 Militärstützpunkten der polnischen Streitkräfte zum zweiten Mal die freiwillige militärische Schulungsreihe für Zivilisten »Ferien mit den Streitkräften«. Die Schulung richtet sich an volljährige Personen und dauert vier Wochen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>